

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Myriam Duc, GB/Simon Röthlisberger, JA!): Mehr Sensibilisierungsarbeit gegen das Autorasen

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Myriam Duc, GB/Simon Röthlisberger, JA!): Mehr Sensibilisierungsarbeit gegen das Autorasen

Verschiedene Städte und Kantone haben in den vergangenen Monaten unterschiedliche Präventions-Kampagnen (erneut) lanciert oder verstärkt – von zusätzlichen Verkehrskontrollen über das Ausstellen von zu Schrott gefahrenen Autos bis hin zu konzentriertem Spezialunterricht in den Schulen und in Jugendtreffs.

Die Kantonspolizei Zürich führt beispielsweise in Berufsschulen Sensibilisierungs-Wochen (Präventionsunterricht) durch, an welchen nebst Videoaufnahmen, theoretischem Unterricht (physikalische Prinzipien, Strafrecht, Versicherungsrecht) auch persönlich Betroffene auftreten, was ganz offensichtlich ein wichtiges Element ist.

Bei diesen Informations-Kampagnen werden bewusst auch Jugendliche unter 18 Jahren miteinbezogen, mit dem Ziel, sie vor der Erlangung der Autoprüfung auf das Thema aufmerksam zu machen.

Das Problem der Auto-Raserei und die damit verbunden leider oft tödlichen Folgen sollen auch in der Stadt Bern erneut und vor allem kontinuierlich zum Thema werden.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf,

in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei, der Schuldirektion, dem Jugendamt und weiteren, von der Stadt selbst geführten oder subventionierten Institutionen (BWB, Jugendheime, Jugendzentren) konkrete Massnahmen zur regelmässigen Durchführung von Anti-Raserkampagnen einzuleiten. Diese sollen sich sowohl an Jugendliche wie auch an Erwachsene richten. Dabei kann auf bestehende Unterrichtsmodule bzw. vorhandene Konzepte aus, bzw. Kontakte zu anderen Kantonen/Städten und der bfu zurückgegriffen werden.

Bern, 02. Juni 2005

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Myriam Duc, GB/Simon Röthlisberger, JA!), Urs Frieden, Hasim Sancar, Natalie Imboden, Franziska Schnyder, Anne Wegmüller, Martina Dvoracek, Karin Gasser, Daniele Jenni

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat nimmt die Anliegen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Stadt Bern sehr ernst. Mit der Weiterführung des Massnahmenplans Verkehrssicherheit und der damit zusammenhängenden Zielsetzung der Verminderung der Unfälle mit Personenschäden um 10% bis 2010 sollen gerade auch die schweren Unfälle in der Stadt Bern vermindert werden.

Die Stadtpolizei Bern führt im Zusammenhang mit weiteren Verwaltungsstellen Präventionsarbeit durch. Dabei wird versucht, alle Verkehrsteilnehmenden-Kategorien in die Verbesserung der Verkehrssicherheit einzubeziehen. Einerseits werden durch die Analyse der Unfalldaten Unfallschwerpunkte (örtliche Begrenzung) oder Schwerpunkte des Unfallgeschehens (wie Unfalltyp, Unfallhauptursachen, Beteiligte und Verursacher) festgestellt. Andererseits werden aufgrund von Meldungen Gefahrenstellen besichtigt und beurteilt. Letztendlich können

Feststellungen im Zuge von Kontrollen der Polizei weitere Hinweise auf ein Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmenden geben.

Aufgrund der Analysen und Daten werden entsprechende Massnahmen zur Verminderung oder Behebung der Unfälle gesucht.

„Raserunfälle“ und Unfallanalyse

Der Begriff und die Definition des „Rasers“ ist in der Unfallstatistik nicht gebräuchlich und kann deshalb auch nicht explizit ausgewertet werden. Gemäss den Weisungen des Bundesamts für Statistik werden unter dem Unfalltyp "Schleuder- oder Selbstunfälle" auch die Unfälle aufgrund der nichtangepassten Geschwindigkeit registriert. Als Mangel oder Einfluss sind das Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Linienführung (Fahrbahnverlauf), an die Strassenverhältnisse (wie Nässe, Schnee, Verunreinigung) und an die Sichtverhältnisse (Witterung, Lichtverhältnisse) möglich.

2004 wurden in der Stadt Bern insgesamt 212 Schleuder- und Selbstunfälle polizeilich registriert (bei insgesamt 1 261 Verkehrsunfällen 2004). Davon waren aufgrund der nicht angepassten Geschwindigkeit 51 Unfälle zu verzeichnen. Nach einer Analyse der Unfalldaten können 27 Unfälle der überhöhten Geschwindigkeit als hauptsächlichen Mangel zugeschrieben werden (Definition "Raserunfall" als Unfall nach "Geschwindigkeitsexzess").

Alle Unfälle aufgrund überhöhter Geschwindigkeit wurden durch Männer als Fahrzeuglenkende verursacht. Die Unfälle waren dispers auf alle Monate des Jahres verteilt.

Sensibilisierungsarbeit durch Kampagnen

Im Rahmen des Massnahmenplans Verkehrssicherheit wurde das Verkehrssicherheitskonzept "Gefahrenpunkt Strassenverkehr" entwickelt. In diesem Rahmen werden die Fahrzeugführerinnen und -führer mit kurzen prägnanten Aussagen im Bereich von Gefahrenstellen (z.B. bei Kreuzungen, Strassenabschnitten) oder aufgrund von Schwerpunkten im Unfallgeschehen (wie Auffahrunfälle, Geschwindigkeit, Vortritt) auf die bestehenden Unfälle aufmerksam gemacht respektive für ein sicheres Verkehrsverhalten motiviert.

Unter anderem wurden im Jahr 2002 im Rahmen von "Gefahrenpunkt Strassenverkehr" die Fahrzeuglenkenden mit einer speziellen Aktion mit den Folgen von Fehlverhalten im Strassenverkehr konfrontiert. Unter dem Titel "Aggression – Kollision" wurden an privilegierten Stellen in der Stadt Bern Unfallfahrzeuge aufgestellt. Mittels Plakate, Inserate und einem Verkehrssicherheitsspot wurde dieser Appell für mehr Rücksichtnahme und Partnerschaft im Strassenverkehr an die Verkehrsteilnehmenden gerichtet. Höhepunkt dieser Kampagne war der grosse Verkehrssicherheitstag auf dem Bundesplatz mit vielen Demonstrationen und Informationen zur Verkehrssicherheit.

Bevor in Zürich eine ähnliche Kampagne durchgeführt wurde, informierten sich die verantwortlichen Personen der Stadt- und Kantonspolizei Zürich bei der Stadtpolizei Bern bezüglich der Organisation, Durchführung und Erfahrungen mit dem Aufstellen der "Schrottfahrzeuge" im Strassenraum.

Im Rahmen von Nationalen Kampagnen, aber auch bezüglich spezieller Kampagnen, arbeiten verschiedene Institutionen (bfu, TCS, VCS etc.) und die Polizeikorps der Schweiz bereits zusammen.

Sensibilisierungsarbeit an Schulen

Die Bestrebungen der Stadtpolizei Bern richten sich nicht explizit nach den Unfällen aufgrund von Geschwindigkeitsexzessen aus. Vielmehr wird versucht, die Sensibilisierungsarbeit sukzessive an die Verkehrs- und Umwelterziehung der Schulen anzuknüpfen.

Bisher konnte die Verkehrsinstruktion der Stadtpolizei Bern mit ihrer Arbeit in den städtischen Volksschulen die Bereiche Kindergarten und 1. bis 5. Schuljahr abdecken. Neu werden nun auch die Teenager (6. bis 9. Schuljahr) als künftige motorisierte Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit wichtigen Informationen erreicht. Die nötige Zusammenarbeit zwischen der Verkehrsinstruktion, der Direktion für Bildung, Soziales und Sport und den städtischen Schulen klappt ausgezeichnet. Die Eltern und erziehungsberechtigte Personen werden immer wieder auf die wichtige Vorbildfunktion für eine korrekte Verkehrsteilnahme aufmerksam gemacht.

Die Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmenden wird nach Möglichkeit mit zunehmendem Alter der Fahrzeuglenkenden weitergeführt. Die Stadtpolizei Bern nimmt seit einigen Jahren die Möglichkeit wahr, an Berufsschulen im Rahmen von Projektwochen auf die verschiedenen Aspekte der Verkehrssicherheit und Unfallprävention aufmerksam zu machen. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler über die Themen Alkohol/Drogen im Strassenverkehr, Fehlverhalten bei der Verkehrsteilnahme sowie der Folgen von Fehlverhalten informiert. Die jungen Menschen werden dabei mit klaren Fakten (Bild und Text, Hilfsmittel und Experimenten) konfrontiert.

Fazit

Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen des Postulats im Sinne der Verbesserung der Verkehrssicherheit und Unfallprävention in der Stadt Bern. Er ist der Meinung, dass der bereits eingeschlagene Weg im Rahmen des Massnahmenplans Verkehrssicherheit richtig ist und weitergeführt werden soll. Die Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Institutionen besteht bereits. Es erscheint ihm zudem richtig, dass dabei die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden einbezogen wird. Dabei sollen weiterhin die geeigneten Massnahmen und Mittel aufgrund der Analysen der Schwerpunkte im Unfallgeschehen gesucht werden.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat als erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 9. November 2005

Der Gemeinderat